



## BID - Medieninformation vom 16.01.2017

---

### **BID warnt vor Änderungen im Mietrecht: „SPD setzt aufs falsche Pferd“**

**Berlin, 16.01.2017.** „Mit ihren Beschlüssen zur Änderung des Mietrechts setzt die SPD-Bundestagsfraktion aufs falsche Pferd“, kritisierte Andreas Ibel, Vorsitzender der BID und Präsident des BFW Bundesverbandes, das auf einer SPD-Klausur verabschiedete Konzept zur Wohnungspolitik in Berlin. „Das Bundesbauministerium hat mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen bereits ein komplettes Maßnahmenpaket für mehr bezahlbaren Wohnraum vorgelegt. Aber nichts davon wird im neuen SPD-Konzept erwähnt. Stattdessen wird wieder im Nebel des Mietrechts rumgestochert.“

Das SPD-Papier sieht unter anderem vor, die Mieterhöhung nach Modernisierung von elf auf acht Prozent zu senken. „Viele Sanierungsmaßnahmen wären dann wirtschaftlich nicht mehr darstellbar“, warnte Ibel und verwies auf ein entsprechendes Positionspapier der BID. „Die Qualität des Wohnens würde sich zwangsläufig verschlechtern. Auch viele energetische Maßnahmen würden sich nicht mehr rechnen und unterbleiben. So bremst die Politik die Energiewende im Gebäudebereich selber aus!“

In ihrem Positionspapier warnt die BID auch vor der Erweiterung des Bezugszeitraumes der ortsüblichen Vergleichsmiete von vier auf acht Jahre, die von der SPD angestrebt wird. „Neue effektive Maßnahmen der energetischen Sanierung werden somit erst später Bestandteil der ortsüblichen Vergleichsmiete. Das wäre ein weiteres Hemmnis für Investitionen in die energetische Sanierung“, sagte Ibel.

Das Instrument des Mietspiegels habe sich seit Jahrzehnten bewährt und maßgeblich zum sozialen Frieden beigetragen. Eine breitere Basis für den Mietspiegel könne nur mit mehr Daten aus dem bisherigen Bezugszeitraum erreicht werden, so Ibel weiter. „Der Vergleich der heutigen Neuvertragsmiete mit einem acht Jahre alten Mietvertrag kann zweifelsfrei keine Befriedungsfunktion haben!“

„Um Mieter vor überzogenen Mietpreissteigerungen in Deutschland zu schützen, hilft nur eins: Mehr Wohnraum schaffen“, resümierte der BID-Vorsitzende. „Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen von Bundesbauministerin Hendricks hat dazu eine Reihe von Empfehlungen aufgeführt. Die Politik sollte sich jetzt an die Umsetzung machen, statt Scheingefechte beim Mietrecht zu führen. Davon würden sowohl Mieter als auch Vermieter wesentlich mehr profitieren.“

Das BID-Positionspapier zum Mietrecht können Sie auf der Internetseite herunterladen: <http://www.bid.info>.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID

**BID Bundesarbeitsgemeinschaft  
Immobilienwirtschaft Deutschland**

c/o BFW Bundesverband Freier  
Immobilien- und  
Wohnungsunternehmen e.V.  
Französische Straße 55  
10117 Berlin

[www.bid.info](http://www.bid.info)

Leiter BID-Büro:  
Florian Geyder  
Tel.: 030 / 32781-250  
Mobil: 0173 / 596 70 86  
[florian.heyder@bid.info](mailto:florian.heyder@bid.info)

Pressekontakt:  
Marion Hoppen  
Pressesprecherin des BFW  
Tel.: 030 / 32781-110  
[marion.hoppen@bfw-bund.de](mailto:marion.hoppen@bfw-bund.de)

Die Mitglieder der BID:

**BFW** Bundesverband  
Freier Immobilien- und  
Wohnungsunternehmen

**DDIV** Dachverband Deutscher  
Immobilienverwalter

**GdW** Bundesverband deutscher  
Wohnungs- und  
Immobilienunternehmen

**IVD** Immobilienverband Deutschland  
Bundesverband der Immobilienberater,  
Makler, Verwalter und Sachverständigen

**vdp** Verband deutscher  
Pfandbriefbanken

**ZIA** Zentraler Immobilien Ausschuss

steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter [www.bid.info](http://www.bid.info)

